Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Sonntags-Ausgabe

115. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 10.—, viertelj. M. 30.—, für Abholer monatl. M. 6.50, Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 5.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 9.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands, frei ins Haus geliefert, Gesamt-Ausgabe monatlich M. 9.—, vierteljährlich M. 27.—. Auslandsversand: monatlich M. 30.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf. Abend-Ausgabe 20 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Petitzeile Mk. 1.75, von auswärts Mk. 2.25, Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil Mk. 3.5[illegible], von auswärts Mk. 5.[illegible], kleine Anzeigen die Kommazeile Mk. 1.50, bei Wiederholungen Nachlaß. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Erfüllungsort Leipzig. Fernsprech-Anschluß Nr. 17000 bis 17099. — Postscheckkonto Leipzig 3004. Geschäftsstelle und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8.

Herausgeber Dr. Peter Reinhold.
Druck und Verlag: Leipziger Verlagsdruckerei G. m. b. H.

Nr. 481 — Sonntag, den 2. Oktober — **1921**

Amerikanisches Gutachten über Oberschlesien

Unteilbar!

Berlin, 1. Oktober.

David Hunter Miller, ein hervorragender amerikanischer Publizist und Sachwalter für Internationales Recht, der vor einigen Tagen in Berlin eingetroffen ist, hat der deutschen Reichsregierung ein Gutachten über die Behandlung der oberschlesischen Frage vor dem Völkerbunde überreicht. Miller ist nicht nur amtlicher juristischer Berater des amerikanischen Staatsdepartements während der letzten Präsidentschaftsperiode gewesen, sondern er hat auch in gleicher Eigenschaft dem Präsidenten Wilson bei der Pariser Konferenz zur Seite gestanden. In solcher Eigenschaft war er berufen, viele der Bestimmungen des Versailler Vertrages zu formulieren, und er war auch in ausgedehntem Maße verantwortlich für die Abfassung des Statuts des Völkerbundes.

Miller empfing einen Vertreter des W. T. B., äußerte sich über seine Beurteilung der oberschlesischen Frage, kam unter Heranziehung der allgemein anerkannten Prinzipien des Völkerrechts und auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages und aus seiner Geschichte zu dem Ergebnis, daß nach dem Resultat der Volksabstimmung **Oberschlesien unzeteilt beim Deutschen Reiche verbleiben muß.**

Die Reichsregierung hat das Gutachten des bedeutenden Rechtsgelehrten dem Völkerbundsrate in Genf, sowie den Regierungen der Ententemächte überreichen lassen.

*

In dem Gutachten schreibt Miller:

„Wenn wir auf die Erklärungen der Vereinigten Staaten blicken, die niedergeschrieben sind zu einer Zeit, als die Vereinigten Staaten mit Deutschland im Kriege lagen — und die Erklärungen der Verbündeten gingen nach derselben Richtung —, so finden wir, daß Präsident Wilson, obwohl er anerkannte, daß ein polnischer Staat zu schaffen sei, doch ausdrücklich erklärte, das Gebiet dieses Staates solle in sich schließen „die Landesteile, die von einer unbestreitbar polnischen Bevölkerung bewohnt sind". Mehr als einmal wurde in jenen Erklärungen dieses Wort „unbestreitbar" wiederholt, und bezeichnend genug ist, daß mehr als einmal dasselbe Wort von den Verbündeten in der Diskussion gerade dieses Punktes mit Deutschland gebraucht wird. Im französischen Text heißt es „indiscutablement".

Hier haben wir den eigentlichen Kernpunkt der ganzen Frage. Es ist nie in Betracht gezogen worden, daß irgendein deutsches Gebiet einen Teil von Polen bilden sollte, sondern nur solches Gebiet, das „unbestreitbar" polnisch wäre. Und könnte irgend jemand den Mut haben, zu sagen, Oberschlesien oder ein Teil sei unbestreitbar polnisch? Ein Gebiet, das nicht nur jahrhundertelang deutsch gewesen ist, sondern das, wie auch die Alliierten ausdrücklich bemerkt haben, nicht zu den durch die Teilung zerstückelten polnischen Gebieten gehört und das durch Volksabstimmung sich für das Deutschbleiben entschieden hat?

Jede Behauptung, daß ein Stück Oberschlesiens auf dem Kompromißwege von Deutschland an Polen abgetreten werden sollte, mißachtet die Tatsache, daß ein derartiges Kompromiß die grundlegenden Prinzipien zerstören würde, auf die die Alliierten den Vertrag von Versailles gründen wollten und auf die er in der oberschlesischen Frage tatsächlich gegründet worden ist.

Was ich gesagt habe, ist unleugbar und wird durch die Noten der Alliierten an Deutschland gestützt. In der Note vom 16. Juni 1919 haben die Alliierten nicht nur anerkannt, daß Oberschlesien nicht zu den durch die Teilung zerstückelten polnischen Gebieten gehört, sie haben nicht nur zugegeben, daß Polen keinen berechtigten Anspruch auf die Abtretung Oberschlesiens hat, sondern sie haben auch festgestellt, daß die Frage, über die abgestimmt werden sollte, die sei, ob „Oberschlesien einen Teil von Deutschland oder von Polen" bilden solle.

Weder der Vertrag noch die Pariser Konferenz haben jemals etwas anderes in Betracht gezogen, als daß Oberschlesien als Ganzes bei Deutschland bleiben sollte, falls eine deutsche Mehrheit sich ergäbe. Die Unteilbarkeit Oberschlesiens wurde ausdrücklich anerkannt.

Belehrte polnische Insurgenten

Der Verband ehemaliger oberschlesisch-polnischer Insurgenten hat an die Interalliierte Kommission ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt: Der Verband ehemaliger polnischer Insurgenten richtet an die hohe Interalliierte Kommission das dringende Ersuchen gegen die Angehörigen der kongreßpolnischen Mordkommission und alle noch auf oberschlesischem Boden, besonders in Kattowitz, Beuthen und Myslowitz befindlichen kongreßpolnischen Offiziere und Mannschaften einzuschreiten, die einen neuen Aufstand organisieren. Namen und Wohnungen von Angehörigen der kongreßpolnischen Mordkommission werden gleichzeitig durch Einschreibebrief mitgeteilt.

Politische Wochenschau

Von Oberbürgermeister Dr. Külz, M. d. R.

Als seinerzeit der Reichstag vor der Frage stand, ob er das Ultimatum ablehnen oder annehmen sollte, war für die zur Annahme geneigten Politiker die Ueberzeugung mitbestimmend, daß die Ablehnung sofortige schwere Nachteile nach sich ziehen müßte, während die Annahme die Möglichkeit künftiger Erleichterungen eröffne. In zäher und zielbewußter Arbeit hat das Kabinett Wirth derartige Erleichterungen inzwischen zu erreichen versucht. Mancher kleine Erfolg ist ihm dabei beschieden gewesen, aber etwas wirklich Nennenswertes hat es bisher nicht erreicht. Jetzt kann jedoch diese Politik, die vor allem in der Deutschen Demokratischen Partei ihre starke Stütze gefunden hat, einen nennenswerten Erfolg verzeichnen: das ist die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen. Noch ist damit das deutsche Wirtschaftsleben nicht vollkommen frei, aber der Widersinn einer Zollgrenze mitten im deutschen Gebiete ist damit endgültig beseitigt. Die Kontrollkommission, die zunächst noch bestehen bleibt, ist zwar an sich auch noch eine beschämende Einrichtung, aber die Zuständigkeit, die man für sie vereinbart hat, läßt doch keinen Raum für schikanöse Eingriffe in den deutschen Wirtschaftsverkehr. Nach außen hin erfährt also unser Wirtschaftsleben durch die jetzt erfolgte Aufhebung der Sanktionen zweifellos eine Entspannung. In der gleichen Richtung wirken die in dieser Woche zu Ende geführten Verhandlungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die deutsche Industrie trotz ihrer jetzt schon bestehenden schweren Belastung doch bereit ist, weitere Belastungen auf sich zu nehmen, und an der Erfüllung der Reparationsverpflichtungen mitzuarbeiten. Es ist das Verdienst Rathenaus, auf der Münchener Tagung in großen und klaren Linien die schwebenden Probleme in ihren Zusammenhängen mit der deutschen Wirtschaft gezeichnet zu haben. Langsam beginnt sich auch im deutschen Wirtschaftsleben einer anfänglich ablehnenden Haltung gegenüber die Ueberzeugung Bahn zu brechen, daß mit Rathenau ein Mann von großer Konzeption und zielklarem Wollen an der Arbeit ist, der nicht nur den Vertretern der deutschen Wirtschaft, sondern auch den Verhandlungsgegnern der Entente etwas zu sagen hat.

So erfreulich alle diese Erscheinungen sind, so helfen sie doch nicht über die verhängnisvolle Tatsache hinweg, daß wir von einer wirklichen inneren Gesundung unseres Wirtschaftslebens weiter entfernt sind denn je. Das Steigen des Dollars und das Sinken der Mark nimmt Formen an, die eine Katastrophe befürchten lassen müssen. Die Gründe dieser Entwertung der Mark werden von den einzelnen Wirtschaftspolitikern nach verschiedener Richtung hin gesucht, der Urgrund wird jedoch fast überall viel zu wenig erkannt und betont, der Urgrund, wie er in dem schwindenden Vertrauen des Auslandes in die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands zu erblicken ist. Das Vertrauen des Auslandes erschien bis in die Zeit nach der Annahme des Ultimatums fast unerschütterlich. Seit jenen Tagen aber hat es manchen schweren Stoß erlitten. Dies ist um so mehr zu bedauern, als die Politik der deutschen Regierung mehr und mehr Anerkennung in der Welt fand und findet. Aber was nützt alle diese Anerkennung, wenn auf der anderen Seite das Ausland im deutschen Wirtschaftsleben zersetzende Kräfte an der Arbeit und die unheilvollsten Krankheitserscheinungen zutage treten sieht? In welchen Abgrund der Verworrenheit wirtschaftlicher Begriffe lassen die Konzernbildungen mit ihrem riesenhaften Anhang in der breiten Masse des Volkes blicken. Ist das wirklich noch das intelligente deutsche Volk, das zu Hunderttausenden auf solchen plumpen Schwindel hineinfällt, oder ist es nicht vielmehr ein Volk, von dem ein Teil aus materieller Not, ein größerer Teil aber aus schnöder Geldgier zu jedem noch so absurden Mittel greift? Die gleichen Motive leuchten aus dem Börsenbetriebe von heute hervor. Widerlich ist das Bild, was diese Börse dem Inland und vor allem dem Ausland bietet. Man schreit nach Abhilfemaßnahmen der Regierung. Hat man vergessen, daß in der französischen Revolution die Pariser Börse geschlossen wurde, aber nach fünf Tagen wieder geöffnet werden mußte, weil die Zustände noch schlimmer wurden, und daß selbst Androhung der Todesstrafe unsaubere Börsengeschäfte nicht zu unterdrücken vermochte? Derartige wirtschaftliche Fiebererscheinungen können nur von innen heraus geheilt werden. Aber es scheint so, als ob auch Deutschland erst den gleichen Prozeß durchmachen müsse, wie ihn Frankreich in der Periode seiner Assignatenwirtschaft durchgemacht hat. Jedenfalls sind wir auf dem besten Wege dazu. Vielleicht bringt die jetzt sich anbahnende politische Konsolidierung auch eine wirtschaftliche mit sich.

Langsam nur reifen im Reich und in den größeren Bundesstaaten die Dinge zu einer Zusammenfassung der aufbauenden Kräfte. Die Regierungsbildung in Preußen und im Reich ist auch heute noch nicht über die mancherlei sachlichen und persönlichen Bedenken hinweg, die der gute Wille aller Beteiligten hoffentlich doch noch überwinden wird. Das politische Satyrspiel zwischen dem Reich und Bayern ist zu Ende. Die bayrischen Helden dieser Tragikomödie sind ohne Lorbeer von der Bühne abgetreten, und die Herren Kahr und Pöhner können sich bei ihren deutschnationalen Hintermännern und nichtbayrischen

Graf Lerchenfeld empfängt die Presse

(Eigener Drahtbericht.)

München, 1. Oktober.

Der neue Ministerpräsident Graf Lerchenfeld empfing heute vormittag die leitenden Redakteure der Münchner Blätter und die Korrespondenten aller hier durch eigene Redakteure vertretenen auswärtigen Zeitungen. Er legte in einer kurzen Ansprache dar, daß er sich des Gemeinsamen in der Arbeit des Staatsmannes und des Pressemannes mit Sicherheit bewußt ist: Das Wohl der Allgemeinheit sei für beide Leitstern ihrer Arbeit. Der Ministerpräsident lud die Herren der Presse ein, die Erklärung, die er seiner Programmrede nachgeschickt hatte, daß seine Tür jedem offen stehe, ganz besonders zu beachten. Er werde ihnen jederzeit zur Verfügung stehen und sich freuen, wenn durch gemeinsame Arbeit die Aufgabe gefördert würde, die, ungeachtet aller Verschiedenheit der politischen Anschauungen, gemeinsam sei, durch Austausch und Kampf der Meinungen Wohlfahrt und Fortschritt der Allgemeinheit vorwärts zu treiben. Graf Lerchenfeld gab sodann in privatem Gespräch Gelegenheit, Wünsche des Augenblicks vorzutragen. Unter anderem wurde bereitwillig die Zusage erteilt, daß mit der Bespitzelung der Telephongespräche der Presse durch unbefugte Einschaltung polizeilicher Hilfskräfte, die unter Pöhner zur Landplage für den Münchner Pressebetrieb geworden war, sofort aufgeräumt werden soll.

Die Haltung des neuen Ministerpräsidenten zur Presse ist um so mehr bemerkenswert, als sein Vorgänger Herr von Kahr mit einer fast krankhaften Scheu seine Tür für die Presse verschlossen hielt. Mit Bayerns neuem Ministerpräsidenten kommt entschieden etwas Zug in die etwas stockige Luft der Amtsräume der bayrischen Regierung. Es ist gewiß nur eine unscheinbare Aeußerlichkeit, wenn der Mann, der an der Spitze des bayrischen Beamtentums steht, an dem „großen Tage" wichtiger politischer Aussprache über sein Regierungsprogramm nicht in feierlich zugeknöpftem schwarzen Schoßrock und dazugehörigem weißen Stärkekragen in unnahbarer Ferne auf hohem Stuhle festgerammt sitzt, sondern im Straßenrock und weißem Stehumlegekragen bald an dieser, bald an jener Stelle des Saales zu sehen ist, in zwanglosem Gespräch mit Mitarbeitern, die Hände in die Taschen versenkt oder auch über das Pult eines Abgeordneten gebeugt, und doch liegt in dieser Aeußerlichkeit der ganze Unterschied zwischen einer autoritativen Ministerpräsidentschaft nach den Vorstellungen des Herrn von Kahr und einer demokratisch-parlamentarischen Ministerpräsidentschaft, bei der der oberste Träger der Regierungsverantwortung als primus inter pares wandelt.

U.S.P. und Regierungsbildung

Berlin, 1. Oktober.

Die Reichstagsfraktion der USP. befaßte sich heute vormittag mit dem Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion zur Frage der Regierungsumbildung. Es wurde ein Ausschuß beauftragt, die Vorbedingungen auszuarbeiten unter denen die Unabhängigen in die Koalition eintreten würden. Wie das Berliner Tageblatt zu wissen glaubt, besteht bei dem rechten Flügel der USP. eine gewisse Neigung, mit dem Zentrum, den Demokraten und den Sozialdemokraten zusammenzugehen, wenn gewisse Bedingungen erfüllt würden. Aber weder das Zentrum noch die Demokraten gedächten, die Koalition ausschließlich nach links zu erweitern. Eine Gemeinschaftsarbeit der Deutschen Volkspartei und der Unabhängigen Sozialdemokraten dürfte ernsthaft überhaupt nicht in Frage kommen.

Die englisch-irische Konferenz

London, 1. Oktober.

Die Zahl der britischen Delegierten bei der englisch-irischen Konferenz wird der Zahl der irischen Delegierten gleich sein. Die irischen Bevollmächtigten auf der Londoner Konferenz werden sein: der Minister des Aeußern im Sinnfein-Kabinett Griffith, Finanzminister Collins und Wirtschaftsminister Barton sowie Luggan und Luffy. Die britischen Delegierten werden wahrscheinlich sein: Lloyd George, Birkenhead, Greenwood, Worthington Evens, Churchill und Short.

*

Die Blätter drücken ihre Befriedigung darüber aus, daß de Valera den Konferenzvorschlag Lloyd Georges angenommen hat. Daily News sagt, die Tatsache, daß die Konferenz zusammentrete, beweise, daß beide Parteien ernstlich den Frieden wollten. Die Times hofft, daß die Delegierten auf der Konferenz sich gleich mit den Kernfragen befassen und sich nicht auf weitschweifiges Argumentieren einlassen werden. Daily Chronicle sagt, man dürfe nicht glauben, daß alle Schwierigkeiten überwunden seien. Unter keinen Umständen könne die Regierung bezüglich der wesentlichen Bedingung nachgeben, daß Irland im Verbande des britischen Reiches bleiben müsse. Die Morning Post schreibt ironisch: Ein Mann von ausländischer Herkunft, der sich Präsident der irischen Republik nennt, hat sich bereiterklärt, auf einer Konferenz mit dem britischen Premierminister zusammenzutreffen. In eine solche schmachvolle Lage ist England gebracht worden durch die Gemeinschaft der Parteien, die als Koalition bekannt ist.

Der neue Vorsitzende des Zentrums

Im Laufe des gestrigen Vormittags trat in Berlin der Reichsparteivorstand des Zentrums zu einer Sitzung zusammen, die sich mit der Erörterung der politischen Lage im Zusammenhange mit dem bevorstehenden Umbau des Reichskabinetts und mit den Vorstandswahlen beschäftigte. Der Reichsparteivorstand hat den Abg. Geheimrat Porsch zum Vorsitzenden des Zentrums gewählt, zum stellvertretenden Vorsitzenden den Vorsitzenden der Reichstagsfraktion des Zentrums Marx. Die endgültige Wahl des Vorsitzenden der Zentrumspartei wird der Reichsparteitag vornehmen.

SLUB
Wir führen Wissen.